

**UNIVERSITÄTSSTADT
TÜBINGEN**

**BEBAUUNGSPLAN
STEINLACHWASEN – OST
M 1:500**

TÜBINGEN. DEN 15.4.1983 / 10.2.1984
BÜRGERMEISTERAMT

IV


BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT



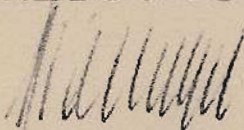
STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT



STADTBAUDIREKTOR

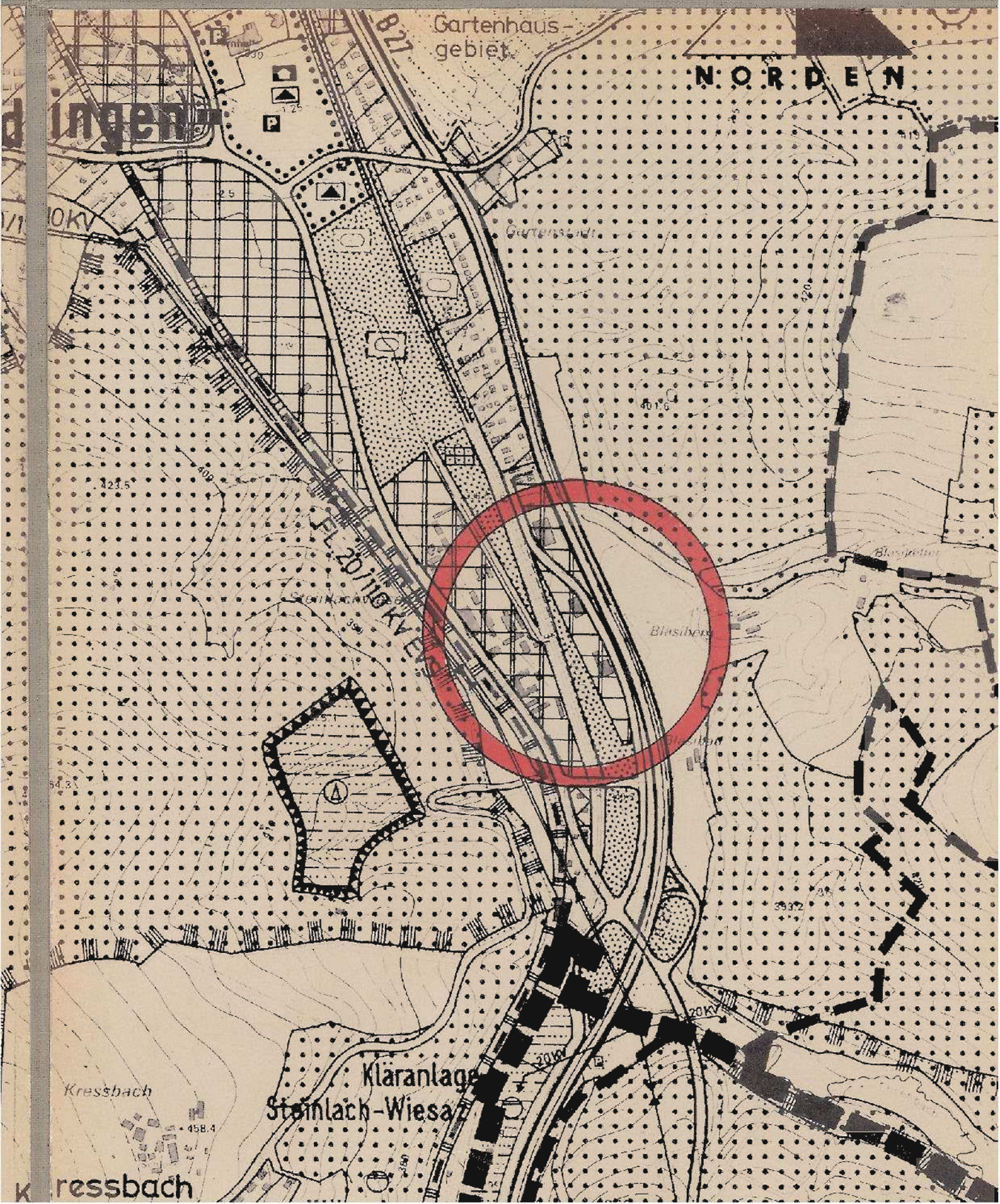
STADTMESSUNGSAMT



STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

Nr. 385

AUSZUG AUS DEM FNP M 1:10 000



Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan "Steinlachwasen-Ost"

In Ergänzung zur Plandarstellung werden folgende textliche Festsetzungen getroffen:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

Nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) mit den Änderungen der Beschleunigungsnovelle vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949) in Verbindung mit den §§ 1 - 27 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763) wird festgesetzt:

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG u. §§ 1 - 15 BauNVO)

a) Gewerbegebiet (GF)

b) eingeschränktes Gewerbegebiet (GEE)

Das Gewerbegebiet Steinlachwasen-Ost wird nach § 1 Abs. 4 BauNVO in dem Sinne gegliedert, daß in dem mit GEE bezeichneten Bereich keine wesentlich störende Anlagen zulässig sind.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG u. §§ 16 - 21a BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl, Zahl der Vollgeschosse, Gebäudehöhe (ab EFH), absolute Gebäudehöhe (bezogen auf NN) festgelegt (siehe dazu Planeintrag!) Maßgebend ist der jeweils einengendere Wert.

3. Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG u. § 22 BauNVO)

Als Bauweisen werden festgesetzt:

1. offene Bauweise (o)
2. abweichende Bauweise (a₁): offen, jedoch Gebäudelängen bis 105 m zulässig
3. abweichende Bauweise (a₂): offen, jedoch Gebäudelängen bis 135 m zulässig.

4. Stellplätze

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG)

Soweit gesonderte Flächen für Stellplätze ausgewiesen sind, sind nur offene Stellplätze zulässig.

5. Von der Bebauung freizuhaltende Flächen
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 10 BBauG)

Auf den von der Bebauung freizuhaltenden Flächen sind Nebenanlagen
als Gebäude unzulässig.

6. Leitungsrechte
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG)

Die im Plan dargestellten Flächen für Leitungsrechte dienen der
Sicherung von Ver- und Entsorgungsleitungen. Sie sind von bau-
lichen Anlagen sowie anderen beeinträchtigenden Nutzungen frei-
zuhalten.

7. Private Grünfläche
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG)

In der privaten Grünfläche sind Geschirrhütten bis 15 cbm umbauten
Raumes zulässig. Die Mindestgröße eines mit einer Geschirrhütte über-
baubaren Teilgrundstückes muß mindestens 250 qm betragen.

8. Pflanzgebot, Pflanzbindung
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG)

Die im Plan festgesetzten Bäume als Pflanzgebot sind spätestens bis
zur Bauabnahme zu pflanzen. Ausnahmen können aus Witterungsgründen
zugelassen werden. Zulässig sind nur einheimische Laubbäume. Die
im Plan festgesetzten Bäume mit Pflanzgebot sowie mit Gebot zur
Pflanzerhaltung sind zu erhalten und bei Abgang neu zu pflanzen.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Gemäß § 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom
20.6.1972 (GB1. S. 352), zuletzt geändert am 12. Februar 1980 (GB1.
S. 116) werden folgende Festsetzungen getroffen:

Werbeanlagen

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung bis maximal 2 qm zu-
lässig. Selbstleuchtende Werbeanlagen sind nur am Gebäude auf der Fassade
zulässig. Auf den festgesetzten, von der Bebauung freizuhaltenden Flächen
sind Werbeanlagen zur Gewährleistung der Sicherheit des Verkehrs im
Sinne von § 26 LBO unzulässig.

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am **21.4.1980** in öffentlicher Sitzung beschlossen und am **31.5.1980** öffentlich bekanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2 a Abs. (1) BBauG erfolgte am **12.6.1980** und in der Zeit vom **13.6.1980** bis **27.6.1980**

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **13.6.1983** den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplanentwurf hat mit Begründung gemäß § 2 a Abs. (6) BBauG nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom **22.8.1983** bis **23.9.1983** beim Bürgermeisteramt Tübingen öffentlich ausgelegen.

5. SATZUNGSBESCHLUSS

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen in öffentlicher Sitzung am **12.3.1984** als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BBauG mit Erlaß des Reg.Präs. Tübingen vom **30.7.1984** /Nr. **1053/84** genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 12 BBauG am **23.8.1984** ortsüblich bekanntgemacht.
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.



GENEHMIGT MIT VERFÜG.

VOM 20. 7. 1984 NR. 1053/84

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

TÜBINGEN, DEN 20. 7. 1984

[Handwritten signature]

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.